

18. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU

zum Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/0154

Berlin steht zum Neutralitätsgebot – Keine religiösen und weltanschaulichen Symbole in den öffentlichen Schulen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin bekennt sich zur Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses aller Berliner. Das Land Berlin gewährleistet die ungestörte Religionsausübung seiner Bewohner. In Berlin leben Menschen aller Religionen und Weltanschauungen.

Gleichzeitig ist das Land Berlin zu weltanschaulich-religiöser Neutralität verpflichtet. Es muss verhindert werden, dass bei den Bürgern auch nur der Eindruck entsteht, der ihm gegenüber stehende Vertreter unseres demokratischen Rechtsstaates entscheide nach anderen Kriterien als nach Recht und Gesetz. Dies wird im Land Berlin durch das Berliner Neutralitätsgesetz gewährleistet. Deshalb müssen sich Beschäftigte des Landes Berlin in den Bereichen, in denen die Bürger in besonderer Weise dem staatlichen Einfluss unterworfen sind, in ihrem religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnis zurückhalten. Dies gilt insbesondere für Lehrkräfte in öffentlichen Schulen, die einen besonderen Einfluss auf die ihnen anvertrauten Schüler haben. Deshalb dürfen Lehrkräfte innerhalb des öffentlichen Dienstes keine sichtbaren religiösen oder weltanschaulichen Symbole und keine auffallenden religiös oder weltanschaulich geprägten Kleidungsstücke tragen (§ 2 Neutralitätsgesetz).

Das islamische Kopftuch zeigt ebenso wie andere sichtbare Symbole aller anderen Religionen deutlich, dass der Staat in seinen Schulen neutral sein muss. Denn das Kopftuch ist religiös, politisch und kulturell höchst umstritten sowohl in der muslimischen Gemeinschaft als auch in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit. Dieser Streit gehört nicht in die öffentlichen

Schulen des Landes Berlin. Deswegen lehnen wir das Kopftuch und andere sichtbare Symbole anderer Religionen für Berliner Lehrer in öffentlichen Schulen ab und sprechen uns für den Erhalt des Berliner Neutralitätsgesetz aus.

Berlin, 16. September 2021

Dregger Melzer Seibeld Rissmann Stettner
und die übrigen Mitglieder
der CDU-Fraktion